

„Vernunftrepublikanismus“ in der Weimarer Republik. Wissenschaft, Politik und Literatur (Theodor-Heuss-Kolloquium 2006)

Veranstalter: Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Datum, Ort: 03.10.2006-05.10.2006, Stuttgart

Bericht von: Martina Steber, Professur für bayerische Landesgeschichte, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

„Vernunftrepublikaner“ in der Weimarer Republik zu sein, das hatte für Friedrich Meinecke in erster Linie mit der Verleugnung von Gefühlen zu tun. Sein „Herz“ hing an der Monarchie, allein die „Vernunft“ verwies ihn auf die Republik. Nicht nur die Begriffsbildung des Zeitgenossen übernahm die nachfolgende Forschung zur ersten deutschen Demokratie, die „vernunftrepublikanische“ Haltung Weimarer Intellektueller beschrieb auch sie vor allem über emotionale Kategorien. Als Männer und Frauen, die es nie „lernten, die Republik zu lieben und an ihre Zukunft zu glauben“, so charakterisierte Peter Gay die vernunftrepublikanischen „Außenseiter“, die in Zahl gering, auf die intellektuelle Elite beschränkt und mit leiser Stimme sprechend gegenüber der laut tönenden Dominanz republikfeindlicher Kräfte geradezu untergehen mussten.

Das diesjährige „Theodor-Heuss-Kolloquium“, das von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart Anfang Oktober 2006 veranstaltet wurde, wollte vor diesem Hintergrund „Experiment“ sein, so die beiden Tagungsleiter, der Historiker Andreas Wirsching (Augsburg) und der Literaturwissenschaftler Jürgen Eder (Budweis), um über eine Schärfung sowohl des analytischen Begriffs, als auch des historischen Phänomens „Vernunftrepublikanismus“ die republikanischen Potenziale der Weimarer Republik deutlicher einzukreisen und in ihrer Bedeutung neu zu gewichten. Den Referenten aus der Geschichte, Theologie, Literaturwissenschaft, Staatsrechtslehre und Philosophie war es aufgetragen, im Rahmen eines multiperspektivischen Ansatzes in unterschiedlichen Milieus, politischen Lagern, Lebenswelten, Netzwerken und Institutionen nach „Vernunftpartikeln“ im „Raum der Weimarer Kultur“ (Wirsching) zu fahnden. Das Kolloquium wollte auf diese Weise einen ersten Schritt leisten hin zu einer (Re-)Konstruktion eines in der fragmentierten Weimarer Kultur gerade nicht zustande gekom-

menen „vernunftrepublikanischen“ Diskurses, davon ausgehend, dass sich dessen Akteure „gegenseitig nicht – oder nicht ausreichend – erkannten“. Die Erweiterung des Spektrums „vernunftrepublikanischer“ Trägergruppen über die gemeinhin so identifizierten liberal-konservativen Intellektuellen hinaus lag daher in der Konsequenz der Überlegungen und führte unter anderem zur Frage nach einem „Vernunftrepublikanismus von Links“, die in einer eigenen Sektion erörtert wurde.

Zunächst jedoch standen „Netzwerke und Milieus“ im Vordergrund, in denen die hauptsächlichlichen Trägergruppen eines „Vernunftrepublikanismus“ zu vermuten waren. Thomas Hertfelders (Stuttgart) Analyse des für die DDP zentralen „Hilfe-Kreises“ problematisierte die schwierigen Abgrenzungen zwischen republikanischem und vernunftrepublikanischem Denken und stellte dabei zum einen das funktionale Verhältnis zur Republik bei den Naumann-Schülern, das hauptsächlich der kaiserzeitlichen, monarchischen Tradition des linksliberalen demokratietheoretischen Denkens geschuldet war, und zum anderen die Ambivalenzen des Vernunftbegriffs selbst wie auch des „vernunftrepublikanischen“ Argumentierens heraus. Wurde auf der einen Seite die Republik als Tatsache anerkannt, ein neo-idealistischer, historistischer Denkstil gepflegt und verschaffte eine undogmatische Programmatik argumentative Freiräume, so prägten auf der anderen Seite neoaristokratische und elitäre Konzepte, das Verlangen nach „Einheit“ von Staat und „Volk“, die Distanz zur modernen Massengesellschaft sowie die „republikanische Theorie der Schzwänge“, die die stete Option einer Veränderung des Bestehenden in sich barg, die Diskussionen in der „Hilfe“.

Mit der Zentrumsparität fokussierte Elke Seefried (Augsburg) eine der tragenden Säulen des Weimarer politischen Systems und charakterisierte deren bis 1928 tonangebenden „mittleren“ Flügel als „vernunftrepublikanisch“ par excellence. Angetrieben von der Sicherung katholischer Interessen besonders in der revolutionären Situation 1918/19, getragen von verantwortungsethischen Überzeugungen, einem aus den Erfahrungen des Kaiserreichs gespeisten Selbstbild als „Verfassungspartei“ sowie dem kennzeichnenden „Pragmatismus der Mitte“ und einer aus der katholischen Staatslehre geronnenen strikten „Staatsneutralität“ entwickelte sich das Zentrum zu „der“ Partei des „Vernunftrepublikanismus“. Dabei wurden die Grenzen zum republikanischen Denken

wiederum deutlich: Auch hier obwalteten organische (Volks-)Gemeinschafts-Theorien und harmonisierende Vorstellungen, suchte man das Leiden an der Zerrissenheit der Gegenwart in utopischen Entwürfen zu überwinden und strebte nach verschwommenen Konzepten wie einer „organischen Demokratie“. Der „Zerfall“ des „Vernunftrepublikanismus“ im Zentrum setzte mit dem Führungswechsel 1928 ein und speiste sich zugleich aus der „Erfahrung der Krise“.

Der Philosophiehistoriker Thomas Meyer (München/Jerusalem) interpretierte demgegenüber den „schillernden“ Begriff „Vernunftrepublikanismus“ als „Republikanismus aus Vernunft“ und zeigte dessen zeitgenössisch positive Besetzung am Beispiel von Ernst Cassirer und dem Kreis um Aby Warburg auf, wo „Vernunft“ und „Republik“ zusammengedacht wurden. Ganz im Gegensatz zu den organischen Einheitssehnsüchten im „Hilfe“-Kreis und im Zentrum konzipierte Cassirer „Einheit“ unter Anerkennung des Pluralismus als „Beruhigungszentrum“ und die Republik mithin als „permanente Möglichkeit“ der Synthese. Die Grenze zwischen „vernunftrepublikanischem“ Denken im Sinne der dem Kolloquium zugrunde liegenden Definition und republikanischem Denken wurde also bereits zeitgenössisch scharf gezogen.

„Institutionen und Verbänden“ widmete sich die zweite Sektion. Sascha Kiefer (Saarbrücken) stellte mit der von Willy Haas herausgegebenen „Literarischen Welt“ den letztlich fehlgeschlagenen Versuch vor, die Fragmentierung der Weimarer Kultur über das Angebot eines offenen, parteipolitisch neutralen Kommunikations- und Diskussionsraumes zu überwinden. Die überstrapazierten Hoffnungen, die in die „Vernunft“ gerade von (vernunft-)republikanischen Intellektuellen gesetzt wurden, erfüllten sich indes nicht und damit verlor sie nach und nach an Legitimität.

In seiner Analyse der „Sektion für Dichtkunst in der Preußischen Akademie für Wissenschaften“ wies Michael Ansel (München) besonders auf die kommunikationstheoretischen Implikationen „vernunftrepublikanischer“ Sprechens hin und machte auf diese Weise klar, dass der Appell an eine solche Haltung gegenüber der jungen Republik keinesfalls nur von gleichzeitigen „vernunftrepublikanischen“ Überzeugungen geleitet sein musste, sondern eben auch von „Gesinnungsrepublikanern“ ausgehen konnte. So konstatierte er für die Dichtersektion seit der Klärung der politischen Fron-

ten 1931 „Manifestationen einer vernunftrepublikanischen Absicht“ in Zeiten der Krise, die indes aus genuin republikanischem Geist gespeist waren. Auch dies trug zur pluralen Gestalt des „Vernunftrepublikanismus“ bei.

Wolfram Pyta (Stuttgart) akzentuierte dagegen die Bedeutung von Interessen und der Praxis vernunftgeleiteten Handelns in der Republik für die „vernunftrepublikanische“ Basis, auf der der „Reichsverband der deutschen Industrie“ ruhte. „In ihm und mit ihm“ (Carl Duisberg) wollten und mussten letztlich die dort organisierten Industriellen im neuen Staat agieren, wollten sie, geleitet von „ökonomischer Vernunft“, ihre Interessen durchsetzen. Jene führte sie zur Wertschätzung des Weimarer Reichstags und damit des Parlamentarismus genauso wie zur Anerkennung der politischen Parteien als legitime Arenen und Verstärker interessenpolitischer Einflüsse. Die Erfahrung der Brüning'schen Präsidialkabinette forcierte daher noch einmal die „vernunftrepublikanische“ Haltung im RdI. Pyta charakterisierte dessen Politik in der Weimarer Republik im Ergebnis als „Prototyp vernunftrepublikanischer Agierens“.

Gab es dann auch einen „Vernunftrepublikanismus von Links“, der sich der sozialistischen Utopien wenn nicht gänzlich entledigen, so doch auf sie bewusst verzichten konnte? Das fundamentale Dilemma eines „linken Vernunftrepublikanismus“ exemplifizierte Rüdiger Graf (Berlin) an dem Sozialisten, Utopisten und Publizisten Heinrich Ströbel, der kurzzeitig als Vorsitzender der preußischen Revolutions-Regierung amtiert hatte und fortan, bar jeden Einflusses, zwischen rechtem USPD-, linkem MSPD-Flügel und SAPD lavierte. Zugleich bestimmte Graf damit den „Ort“ von Ansätzen vernunftrepublikanischen Denkens auf der Linken – und zeigte überdies die Isolation, in die eine solche Position „zwischen allen Stühlen“ führen konnte. Ausgehend von einer idealistischen Politikvorstellung und einer allzu hohen Erwartung an die Vernünftigkeit konnte die Realität der Republik Ströbel nur enttäuschen, so dass ihn gerade der Versuch einer Synthese von Utopia und Ratio in der politischen Praxis nicht nur kompromissunfähig machte, sondern darin letztendlich der eigentliche Grund für sein Unvermögen, sich auf die Republik einzulassen, lag.

Während Ströbel Anfang der 1920er Jahre seinen Frieden mit der Republik zu machen suchte und sich erst unter dem Eindruck der Präsidialkabinette von ihr zurückzog, ging Alfred Döblin

– vorgestellt von Jürgen Eder (Budweis) – genau den entgegengesetzten Weg: Von einer Position auf der äußersten Linken während der Revolution fand er nach einer Phase des Rückzugs aus der Tagespolitik zu einer pragmatischen Haltung gegenüber der Republik und appellierte zumal in deren Krisenjahren seit 1929 an die „Vernunft“ seiner Zeitgenossen. Vor allem in „Wissen und Verändern“ (1931) gelangte Döblin zu einer Anerkennung von Pluralität in Gesellschaft und Politik und hoffte auf die Vernunft des Individuums im Angesicht des dominierenden Kollektivismus.

In noch größeren Wellenbewegungen schlug sich der intellektuelle Weg des Historikers Arthur Rosenberg nieder, den Mario Keßler (Potsdam) vorstellte. Auch Rosenberg machte erst dann, als die Republik bereits in Bedrängnis geraten war, deren „Sache zu der seinen“, wobei diese pragmatische Phase indes lediglich bis spätestens 1933 dauerte. Denn die rein funktionalistische Einstellung gegenüber „Weimar“ ließ die Tür zur Regression stets ein Stück weit offen. Die „vernunftrepublikanische Wandlung“ ließe sich, so Keßler, nicht allein in Rosenbergs historischen Schriften nachvollziehen, sondern auch in der geübten „demokratischen Praxis“ des Hochschullehrers, der in dieser kurzen Phase einen Kreis liberal-demokratischer Studenten um sich scharte.

Die großen und bekannten Namen des „Vernunftrepublikanismus“ – Friedrich Meinecke, Thomas Mann und Gustav Stresemann – porträtierte Horst Möller (München) in seinem öffentlichen Abendvortrag im Rathaus Stuttgart. Insbesondere wies er auf die Bedeutung der persönlichen und intellektuellen Entwicklung während des Ersten Weltkrieges für eine Bejahung der aus Kriegsniederlage und Revolution geborenen Weimarer Republik hin. Neben der Anerkennung demokratischer Grundsätze war ein evolutionäres Geschichtsmodell Voraussetzung, um den „fulminanten Kontrast“ zu ertragen, den der „Schritt in die Republik“ für die bürgerliche Elite bedeutete. Die ganze Ambivalenz einer „vernunftrepublikanischen“ Haltung kam bei Thomas Mann zum Tragen, dessen pro-republikanische Äußerungen gleichwohl etwas „Spielerisches, changierend Fiktionales“ durchzog und der sich im perzipierten Gegensatz von „Geist und Politik“ auf die Seite des ersteren schlug. Gustav Stresemanns pragmatische Haltung hingegen erklärte sich sowohl aus seinem „Wandel“ zum „Vernunftrepublikaner“ seit 1917/18, als auch aus seiner rastlosen Tätigkeit in

der republikanischen Praxis, die ihn zum Reformier und zum „größten Aktivposten der Republik“ seit 1923 machte.

Der Wissenschaft war die letzte Sektion des Theodor-Heuss-Kolloquiums gewidmet. Christoph Gusy (Bielefeld) – vertreten von Kathrin Groh (Bielefeld) – nahm die Staatsrechtswissenschaft im Allgemeinen und Gerhard Anschütz, Wilhelm Kahl und Alexander Graf zu Dohna im Besonderen in den Blick, um beispielhaft ein funktionalistisch fundiertes Konzept des „Vernunftrepublikanismus“ zu erproben. Methodisch erschwert wurde dies durch die Rationalität der Staatsrechtswissenschaft einerseits und ihre genuine Verwiesenheit auf die Weimarer Verfassung andererseits. Die Schwierigkeiten, die „Republikaner“ zwischen den Kategorien“ als Vernunft-, „Verlegenheits-“ oder „Herzensrepublikaner“ einzuordnen und trotz aller Ambivalenzen ihres demokratie- und staats-theoretischen Denkens methodisch zu fassen, führte Gusy zum grundsätzlichen Zweifel an dem zugrunde gelegten Konzept des „Vernunftrepublikanismus“ und zur Forderung, viel eher den Weimarer Republikanismus im Ganzen schärfer zu fassen.

Demgegenüber erkannte Matthias Wolfes (Berlin) gerade in der inhaltlichen Bedeutungsweite „vernunftrepublikanischen“ Denkens die Eigentümlichkeit des Konzepts, das er am Beispiel der protestantischen Theologie der Weimarer Republik fruchtbar zu machen suchte. Er warnte aber vor einem methodischen Zirkelschluss, genauso wie er eine kritische Analyse von Netzwerken und Kommunikationsstrukturen und eine inhaltliche „Präzision durch Abgrenzung“ anmahnte. „Vernunftrepublikaner“ fanden sich in erster Linie im Weimarer Kulturprotestantismus, machten indes im protestantischen republikfeindlichen Gros nur eine Minderheit aus. Ein evolutionäres Geschichtsverständnis, genereller Staatsloyalismus, die Anerkennung von Vernunft als zentrale anthropologische Kategorie, die Überzeugung, dass sich Religion und Kirche immer im Rahmen eines gesellschaftlichen, kulturellen, historischen Zusammenhangs entfalten, und ein Wissenschaftsverständnis, das den Gegenstand der Theologie in der „Rede von Gott“ erkannte, bereiteten den Boden für eine pragmatische Haltung zur Republik. Indes: Die Schwierigkeiten, den gesellschaftlichen Pluralismus zu akzeptieren, nahmen im Laufe der 1920er Jahre angesichts einer fortschreitenden Komplexitätssteigerung auch bei den protestantischen „Ver-

nunftrepublikanern“ zu, die Sehnsucht nach Harmonie und „organischer Volksgemeinschaft“ ließ sie zunehmend kritischer gegenüber der Weimarer (Verfassungs-)Realität werden. Wolfes spitzte dies zur These zu, „Vernunftrepublikanismus“ sei ausschließlich als Phänomen der frühen Republik zu greifen.

Die Bedeutung „demokratischer Praktiken“ betonte Margit Szöllösi-Janze in ihrer Analyse politischer Haltungen bei den drei Naturwissenschaftlern und Nobelpreisträgern Albert Einstein, Fritz Haber und Max Planck, die zwar trotz genereller „vernunftrepublikanischer“ Einstellungen in unterschiedlicher Distanz zur Republik standen, sich gleichwohl tatkräftig für diese engagierten – in der auswärtigen Kulturpolitik genauso wie im „Kampf gegen autoritäre Strukturen“ in der wissenschaftlichen Selbstverwaltung. Staatsloyalismus, das Ideal „unpolitischer Politik“, Elitentheorien und antipluralistische Überzeugungen prägten nicht allein das Denken Plancks, sondern die Sehnsucht nach Harmonie, nach geistesaristokratischer Herrschaft und eine latente Parteienkritik durchzog auch das charakteristisch ambivalente Denken Einsteins. Der zunächst den Linksliberalen nahe stehende Haber brach indes Anfang der 1930er Jahre mit seinen Auffassungen und plädierte für den Weg in die Diktatur.

„Grundsätzlich optimistisch“ bewerteten Andreas Wirsching und Jürgen Eder in der Schlussdiskussion die Chancen auf eine konzeptionelle Tragfähigkeit des „Vernunftrepublikanismus“ für die Interpretation der Weimarer Republik. In der Tat hatte das Kolloquium nicht allein die damit verbundenen theoretischen und methodischen Schwierigkeiten aufgezeigt, sondern auch einiges zur Begriffsschärfung beigetragen. Die „Nicht-Identität von gewünschtem politischen Modell und politischer Vorfindlichkeit“, eine latente „Spannung von Sein und Sollen“ bei einer „Präferenz für das Sein“, bzw. einem „eventuellen Bekenntnis zu dem Sein“ zeichnete, so das Resümee der Veranstalter, „vernunftrepublikanische“ Haltungen aus. Dabei trafen gerade die vielfach konstatierten Ambivalenzen den Kern des „Vernunftrepublikanismus“, den das „stete Schwanken zwischen Sein und Sollen“ kennzeichnete und der daher ständig in der Gefahr der Regression gestanden habe. Essenzielle Voraussetzung für die pragmatische Anerkennung der Republik waren dabei – und dies kristallisierte sich im Laufe des Kolloquiums immer deutlicher heraus – erstens eine

Reduzierung des „Erwartungshorizonts“, der Abschied von utopischen Hoffnungen mithin, zweitens die Akzeptanz von gesellschaftlicher und politischer Komplexität trotz einer vielfach geäußerten Sehnsucht nach Einheit und Harmonie, drittens die Anerkennung von Langsamkeit, also ein „mittleres Verhältnis zur Zeit“ (Wolfgang Hardtwig), viertens die Feststellung von „struktureller Reformfähigkeit“ (Thomas Hertfelder), fünftens ein evolutionäres Geschichtsbild, das auch auf die Nationalgeschichte bezogen wurde, sechstens die Achtung demokratisch-parlamentarischer Spielregeln (Horst Möller) und siebtens die Bereitschaft, die Republik durch aktives Handeln zu stützen. In ersten Umrissen wurde die generationelle Bedingtheit „vernunftrepublikanischer“ Haltungen und Einstellungen deutlich: Die Gründerzeitgeneration, die zwischen 1860 und 1885 Geborenen und sowohl geistig als auch materiell Unabhängigen und Arrivierten, schienen eine „vernunftrepublikanische Kohorte“ zu bilden. Dem Weimarer „Vernunftrepublikanismus“ eignete außerdem eine eigentümliche Dynamik, die seine Heterogenität noch steigerte. Dennoch sind im Groben wohl drei Phasen auszumachen: Eine erste Phase der Konturierung und Positionierung vernunftrepublikanischen Denkens in der Revolution und in den Krisenjahren der Republik bis 1923; dann eine zweite Phase von Ansätzen der Etablierung und weiteren Durchdringung, die ihren Höhepunkt 1928/29 erlebte; schließlich eine letzte Phase der Klärung in der Krise, als unter dem Ansturm der Extreme die typische vernunftrepublikanische Haltung der „Zweideutigkeit“ (Horst Möller in Bezug auf Thomas Mann) nicht mehr akzeptabel und „Eindeutigkeit“ gefordert war. Dies führte einerseits zu einer „Erosion“ vernunftrepublikanischer Positionen und andererseits zu einer auffälligen Häufung von Appellen an die scheinbar aus der Mode gekommene Vernünftigkeit.

Eingedenk der Gefahr einer zu großen Ausweitung des Konzepts, die dazu führen könnte, dass die „Demokratie aus der Republik heraus kippt“ (Margit Szöllösi-Janze), erlaubt die weitere Beschäftigung mit dem „Vernunftrepublikanismus“ nichtsdestoweniger eine Perspektive auf die erste deutsche Republik, die diese nicht normativ, sondern funktional betrachtet, und damit einen anderen Akzent auf die Interpretation ihrer Krisenbehaftetheit setzt. Die Stabilität der Weimarer Republik wäre in dieser Sicht unabhängig von dem, „was wer auch immer dachte“ (Wirsching), er

klärbar und verstünde sich ganz elementar aus ihrer strukturellen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Funktionsfähigkeit. Schon allein vor diesem Hintergrund scheint es – trotz aller methodischen Schwierigkeiten – lohnend, sich der mühsamen Aufgabe zu unterziehen, die verstreuten und vielleicht gar nicht so wenigen „Vernunftpartikel“ in der Weimarer politischen Kultur aufzuspüren.

Tagungsbericht „*Vernunftrepublikanismus*“ in der Weimarer Republik. Wissenschaft, Politik und Literatur (Theodor-Heuss-Kolloquium 2006). 03.10.2006-05.10.2006, Stuttgart. In: H-Soz-u-Kult 05.11.2006.